

BUNDESGERICHTSHOF

II ZB 263/80

B E S C H L U S S

in der Entschädigungssache

Margareta K [REDACTED] geb. S [REDACTED],
19/36 B [REDACTED] Street, B [REDACTED], N.S.W. 2026, Australia,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

g e g e n

Land R h e i n l a n d - P f a l z ,
vertreten durch das Ministerium der Finanzen,
K [REDACTED]-F [REDACTED]-Straße 1, Mainz 1,

Beklagten und Beschwerdegegner

Der IX. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am
5. März 1961 durch die Richter Fuchs, Zorn, Henkel,
Dr. Lang und Gärtner

beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nicht-
zulassung der Revision im Urteil des 11. Zi-
vilsenats - Entscheidungssenate - des Ober-
landesgerichts Koblenz vom 15. April 1960
wird zurückgewiesen.

Die außergerichtlichen Kosten des Beschwerde-
verfahrens trägt die Klägerin.

9.1.11.11

- 3 -

183

dem Bundesentschädigungsgesetz und dem MGG-Schlussgesetz aber nur, wenn er bis zum Ablauf der Frist von dem Antragsteller genehmigt wurde (vgl. BGR NW 1969, 503). Hier fehlt jeder Anhaltspunkt dafür, daß die Klägerin die Anmeldung der URO bis zum 31. Dezember 1969, dem letztmöglichen Zeitpunkt für die Anmeldung des Lebensschadensanspruchs, genehmigt hat.

Ohne eine rechtswirksame Anmeldung des Anspruchs wegen Lebensschadens für die Zeit bis zur Wiederverheiratung kann die Klägerin den Anspruch auf Wiederaufleben der Witwenrente nach Auflösung der zweiten Ehe nicht geltend machen. Denn der Wiederaufleben setzt das Bestehen des Anspruchs bis zur Wiederverheiratung voraus (BGR NW 1977, 14). Das gilt unabhängig davon, wie hoch der Anspruch bis zur Wiederverheiratung gewesen wäre. Im übrigen nicht auch Art. VIII MGG-Schluss keine Ausnahme für die Falle vor, in denen die zweite Ehe nach dem 31. Dezember 1969 aufgelöst, ein Anspruch wegen Schadens am Leben für die Zeit bis zur Wiederverheiratung aber nicht gestellt worden ist.

Hinweis: Auch Teile der Urteilsammlung sind als Datenbank nach §§ 52 a ff. UrhG geschützt.

Fuchs

Zorn

